

06.07.2009

## **Wissenschaft bestätigt bündnisgrünes Konzept – Minister lehnt ab**

Die Wissenschaftler haben lediglich belegt, dass bisherige Förder- und Entwicklungsstrategien teilweise nicht zielführend sind und innovative Vorschläge erarbeitet, die sich in vielen Bereichen mit bündnisgrünen Zielen für die ländliche Entwicklung decken. Die Studie des Berlin-Instituts schlägt für die von Abwanderung betroffenen Regionen ein Umdenken vor. "Nicht mehr in Strukturen, sondern in Dienstleistungen denken", sei das Leitmotiv, um das Leben künftig auch in schwach besiedelten Gebieten mit annähernd gleichem Standard wie in städtischen Räumen möglich zu machen. Das meint Reiner Klingholz, einer der Autoren. Es gehe darum, etwa bei der Energieversorgung autarker zu denken oder auch Zwergschulen zuzulassen.

Dass Kinder und Jugendliche ihre schulische Grundausbildung bis zur 9. oder 10. Klasse in Wohnortnähe machen müssen, ist auch eine Forderung des bündnisgrünen Wahlprogramms. Die selbstständige, in der Region verankerte Schule ist zudem ein wichtiger Standortfaktor. In bevölkerungsarmen Gegenden werden Gemeinschaftsschulen den Bildungsauftrag am besten erfüllen. Sie können die individuelle Förderung verbessern, die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen und alle Abschlüsse bis zum Übergang in die Oberstufe abdecken. Jahrgangsübergreifender und längerer gemeinsamer Unterricht sind Herausforderung und Chance, die es kreativ zu nutzen gilt. Kooperieren Schulen mit Trägern der Jugendarbeit, bieten sich vielfältigere Bildungschancen.

Die Idee der dezentralen Energieversorgung gehört ebenfalls zu den wichtigsten Punkten des bündnisgrünen Politikkonzepts. Landwirte und Landwirtinnen sowie Unternehmen, die in der Region und für die Region produzieren, sollen von den erneuerbaren Energien profitieren. Auch die stoffliche Nutzung von Biomasse wollen wir vorantreiben.

Die Studie empfiehlt unter anderem einen fünfjährigen Wettbewerb für Regionen, die dem "Notfallatbestand demografisch besonders betroffen" entsprechen. Begleitet werden sollen die Anstrengungen von einer Projektgruppe. Am Ende soll auch ein Scheitern möglich sein. Regionen, "die nicht förderbar" sind, sollen der Versorgungspflicht des Staates anheimfallen. Und was bedeutet das? Werden "nicht entwickelbare Regionen" entstehen, in denen kein Mensch mehr leben kann? Nein, ganz sicher nicht. Selbst das Berlin-Institut zählt zu der Versorgungspflicht des Staates Maßnahmen, die deutlich über dem heutigen Standard liegen: ein schnelles Internet in jedem Dorf zum Beispiel. Auch nach dem Konzept des Instituts soll keine Region für immer aufgegeben werden. Es bedarf nur immer der Menschen, die die zur Verfügung stehenden Werkzeuge in die Hand nehmen und etwas aufbauen.

Berlin-Institut Studie Demografischer Wandel  
(<http://www.berlin-institut.org/weitere-veroeffentlichungen/demografischer-wandel.html>)